

LANDTAG IN KÜRZE

Lob und Tadel im rot-weissen Duopack



VADUZ – Der Landtag überwies gestern eine Interpellation betreffend Gesamtverkehrskonzept und Verkehrserhebungsdaten. Gemäss Geschäftsordnung des Landtages durften bei der Überweisung nur die Unterzeichner der Interpellation das Wort ergreifen. So

hörte man im Landtagssaal nur die beiden Stimmen des VU-Abgeordneten und ehemaligen Verkehrskordinators Henrik Caduff und seiner FL-Landtagskollegin Andrea Matt (unser Bild). Andere Mitglieder des Landtages hatten die Interpellation nicht unterzeichnet.

Caduff liess sich die Gelegenheit nicht nehmen, die VU-Verkehrspolitik unter Verkehrsminister Norbert Marter ausführlich zu loben und die erheblichen Bemühungen der FBP-Ressortverantwortlichen unter den Tisch zu kehren. Auf Gegenreaktionen musste derweilen verzichtet werden – die Geschäftsordnung lässt dies bekanntlich nicht zu. Etwas sachlicher wurde der VU-Abgeordnete dennoch und liess in einem moderaten Satz anklagen, dass es ihm vor allem darum gehe, mit der Interpellation die Aufmerksamkeit auf nicht gelöste Probleme zu lenken. Antworten auf die Grundsätze der Verkehrspolitik, auf die Erhebung eines Gesamtverkehrskonzeptes und der Daten erwartete er sich.

Die FL-Abgeordnete Andrea Matt zitierte aus den Wahlprogrammen der drei Parteien und sieht in der Interpellation eine Chance für die Koalitionsregierung, gemeinsam die Verkehrspolitik zu definieren. (pk)

171 Unterschriften gegen Aids in Afrika



VADUZ – Vor der Eröffnung des Juni-Landtags durfte Landtagspräsident Klaus Wanger aus den Händen von Robert Allgauer eine Petition gegen Aids in Afrika entgegennehmen. 1171 Unterschriften setzen sich für Prävention und Medikamente für Alle ein. Die Aktion «Wir teilen» fordert insgesamt vier Punkte. So soll in der Entwicklungsarbeit ein Schwerpunkt in den Bereichen Basisgesundheits, Aids-Prävention und Aids-Behandlung gesetzt werden. Zur Umsetzung dieses weltweiten Anliegens wird der Landtag mit der Petition aufgefordert, mindestens 200 000 Franken für den «Global Aids Fund» der UNO-Organisation UnAids bereitzustellen. Der dritte Punkt der Forderung wörtlich: «In der WTO und bei bilateralen Verträgen soll Liechtenstein die Interessen der Menschen mit HIV/Aids gegen Patentansprüche von Medikamentenherstellern vertreten.

Die vierte Forderung betrifft Liechtenstein im Inland direkt: So soll dafür gesorgt werden, dass in der Jugend- und Elternarbeit das freie Sprechen über Sexualität und HIV weiterhin gefördert wird.

Aktualität besitzt die Petition schon darum, weil sich weltweit, also gerade auch in Industriestaaten Neuansteckungen mit dem HI-Virus wieder zunehmen. Als Gründe nennt die Petition «Gleichgültigkeit, Unwissenheit und Armut». Täglich sterben in Afrika mehr als 6000 Menschen an den Folgen der Immunschwäche. «Es gibt wirksame Medikamente, doch die Armen haben keinen Zugang zu ihnen.» (pk)

Nicht trotz, sondern wegen Volk

24 Stimmen für erste Sofortmassnahmen beim Polizeigebäude

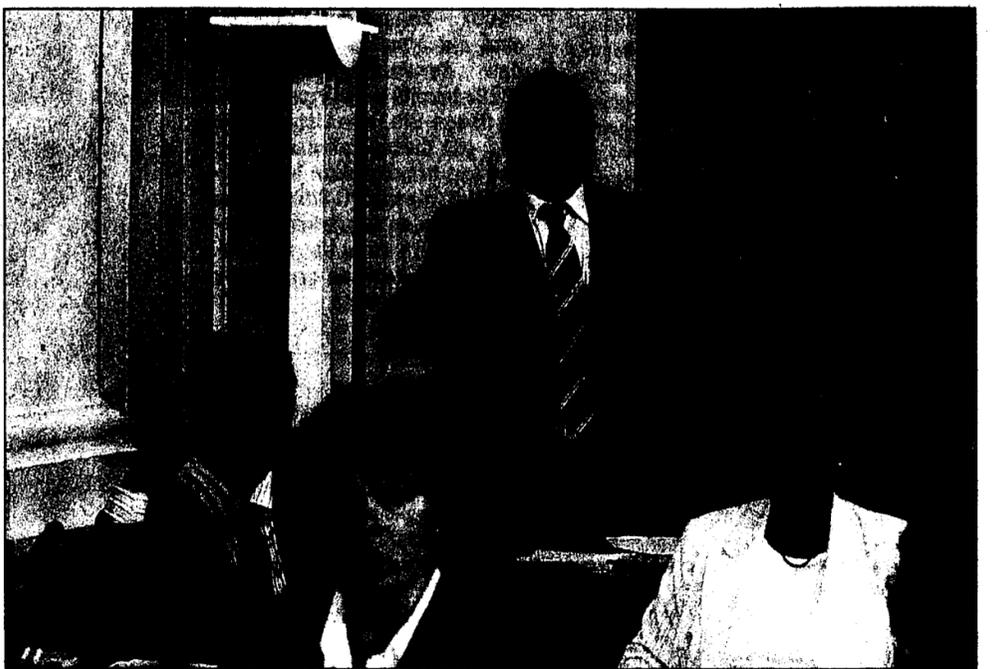
VADUZ – Das Polizeigebäude wird in einem ersten Schritt für die Summe von 1,48 Millionen Franken saniert. Auf diese Vorgehensweise verständigte sich der Landtag. In der Debatte kam dennoch klar zum Ausdruck, dass diese Sofortmassnahme das vor dem Volk gescheiterte Konzept des Sicherheitszentrums nicht ersetzen kann. Es folgen weitere Schritte, die schon aufgezeigt sind.

• Peter Kindle

Das Volk habe zwar das Sicherheitszentrum deutlich abgelehnt, die «räumlichen und betrieblichen Funktionsmängel bestehen aber nach wie vor»: So lässt sich das Votum des VU-Abgeordneten Henrik Caduff in seinem Gehalt zusammenfassen, sofern man die parteipolitisch motivierten Aussagen des VU-Abgeordneten ausblendet. Mit dieser Grundaussage zeigten sich alle Abgeordneten einverstanden. Andrea Matt (Freie Liste), welche vor rund einem Jahr das «gohts noch?»-Referendum tatkräftig unterstützte, hielt fest, dass sie sich nun über eine kostengünstige Lösung freue.

Andrea Matt zu trivial

Als etwas trivial und einfältig wurde diese Aussage Matts dann doch entlarvt: So erläuterten die FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert und Rudolf Lampert, dass das Projekt Sicherheitszentrum und die nunmehrigen Sofortmassnahmen nicht zu vergleichen seien. «Das ist nur der erste Schritt», so Wendelin Lampert, denn in der zweiten Pha-



Rudolf Lampert (FBP) hielt fest, dass die Investitionen ins Polizeigebäude genau wegen dem Volksentscheid des vergangenen Jahres nun derart getätigt werden.

se komme dann die Übergangslösung in Form einer Mietlösung. «Die dritte Phase gibt dann ein größeres Projekt.» «Mietlösungen sind nicht gratis, die Kosten dafür sind hoch.» Wendelin Lampert kam bei einer ersten Hochrechnung auf Kosten von rund 200 000 Franken im Jahr für eine Mietlösung. Dass es sich Andrea Matt mit ihren Aussagen zu leicht mache, bekräftigte auch der VU-Abgeordnete Jürgen Beck.

Dieser durfte seinerseits vom Regierungschef auf seine Anfrage hin erfahren, dass die Gemeinde Vaduz einen Rechtsstreit mit dem Land

Liechtenstein wegen dem Parkplatzbau verloren habe. Nach zwei Jahren intensiver Diskussionen mit der Gemeinde habe nun der Verwaltungsgerichtshof dem Land Recht gegeben. Die dringend benötigten Parkplätze dürfen gebaut werden.

Keine Frage der momentanen Sicherheit

Die parteipolitisch motivierte Rückschau von Henrik Caduff, der weismachen wollte, die Regierung habe vor einem Jahr akuten Sicherheitsmangel für den Bau des Sicherheitszentrums ins Feld geführt,

wurde umgehend entkräftet. «Die Sicherheit ist heute gut, aber es werden Herausforderungen auf die Polizei zukommen», sagte der Regierungschef, der zugleich festhielt, dass diese Sichtweise bereits vor einem Jahr so vertreten wurde. Und auch Markus Büchel, FBP-Fraktionssprecher, wies darauf hin, dass zurzeit weder Ruhe noch Ordnung gefährdet seien, wie dies Caduff in seinen Ausführungen darzustellen versuchte. «Ruhe und Ordnung zu erhalten, ist eine langfristige Aufgabe», hielt der FBP-Fraktionssprecher unmissverständlich fest.

«Wird Verwaltung aufgebläht?»

Landtag stimmt Nachtragskrediten zu – Regierungsmitarbeiter im Zentrum

VADUZ – In der vergangenen Legislaturperiode wurde in der damaligen VU-Opposition ständig kritisiert, dass die Regierung mit der Stärkung der Ressortmitarbeiter eine Verlagerung von den Ämtern weg zur Regierung vornehme. Nun ist die VU ruhig geworden, denn auch die Unionsregierungsritze Tschütcher und Quaderer brauchen Personal.

• Peter Kindle

Ob es nicht möglich sei, dass die Ämter der Regierung mehr zuarbeiten, fragte sich Pepo Frick von der oppositionellen Freien Liste, als es um den Nachtragskredit für neue Regierungsmitarbeiter im Umfeld der VU-Regierungsmitglieder Hugo Quaderer und Klaus Tschütcher ging. Frick sprach von einer möglichen Aufblähung der Verwaltung und einer Verschiebung der Aufgaben von Ämtern hin zu Stabsstellen und Regierungsmitarbeitern.

Einzelabstimmung gefordert

Und auch der FBP-Abgeordnete Elmar Kindle monierte, dass beispielsweise Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütcher nunmehr über verhältnismässig mehr Personal verfüge als Regierungschef Otmar Hasler. «Dies zeigt das Organigramm, das den Abgeordneten zur Verfügung gestellt wurde deutlich auf.» Um die anderen – unbestrittenen Nachtragskredite – von dieser Frage des Personals zu trennen, stellte El-

mar Kindle den Antrag auf Einzelabstimmung.

Transparente Personalpolitik

Regierungschef Otmar Hasler hielt den Voten der Abgeordneten entgegen, dass die Regierung und ihr Umfeld nicht nur für reine Verwaltungsaufgaben zuständig sind, sondern auch die Funktion der Staatsleitung innehaben. «Das wird immer anspruchsvoller.» Es könnten schlichtweg nicht alle anfallenden Geschäfte zwischen Regierungsmitglied und Amt selbst im Detail besprochen werden, darum gebe es die Mitarbeiter, welche diese Aufgaben wahrnehmen.

«Die Führung und Leitung des Staates bedeutet auch ein Umfeld dafür zu haben», so der Regierungschef. Ziel sei nämlich, dass die Regierung mehr Zeit finden könne, sich um strategisch politische Fragen für das Staatswohl zu kümmern. «Ich kann diese Ausstattung mit Personal gut verantworten», so Regierungschef Hasler.

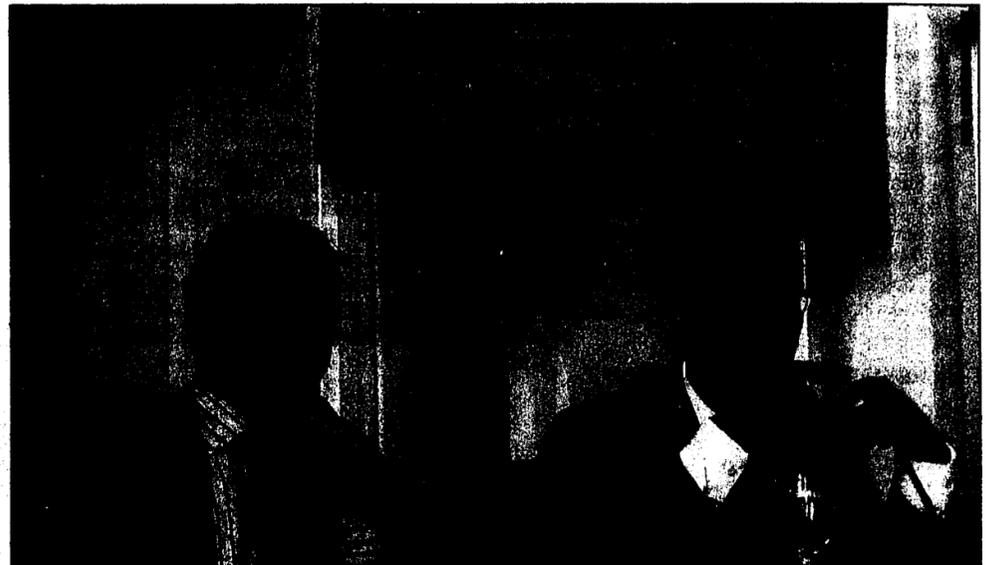
Oppositionsschrale verstummen

Trotz Nachfrage von Wendelin Lampert bei den VU-Abgeordneten, wie sie nun (nach Ablegen der Oppositionsrolle) zur personellen Ausstattung ihrer eigenen Regie-

rungsmitglieder stehen, herrschte gedrücktes Schweigen. Einzig Ivo Klein hielt fest, dass er keine Probleme damit habe.

Mit wenigen Abstrichen wurden die Nachtragskredite genehmigt, die Einzelabstimmung zeigte jedoch, dass mit dem Ausbau der Stellen nicht alle einverstanden sind.

Zur Sache selbst: Neben der Personalfrage genehmigte der Landtag Kredite in der Höhe von gut 1,6 Mio. Franken. Dazu gehören Punkte wie «Gebühren für internationale Markeneintragen», «Alarmierungsanlage», Praktikantenlöhne und Sozialbeiträge.



Neue Regierungsmitarbeiter für die VU-Regierungsräte Klaus Tschütcher und Hugo Quaderer sorgten für grosse Diskussionen im Landtag.